

# افغانستان آزاد – آزاد افغانستان

AA-AA

چو کشور نباشد تن من مباد  
بدین بوم و بر زنده یک تن مباد  
همه سر به سر تن به کشتن دهیم  
از آن به که کشور به دشمن دهیم

[www.afgazad.com](http://www.afgazad.com)

[afgazad@gmail.com](mailto:afgazad@gmail.com)

European Languages

زبانهای اروپایی

Aus: Ausgabe vom 19.10.2017, Seite 3 / Schwerpunkt

Von Jörg Kronauer  
20.10.2017

## Seidenstraße kritisch beäugt

*BRD will anderen EU-Staaten eigene China-Politik aufdrängen. Doch denen sind - wirtschaftliche Interessen wichtiger als Ideologie*



*Die China Ocean Shipping Company ist seit 2009 in Griechenland aktiv*

Foto: Chen Fei/Xinhua

Michael Clauss sah sich genötigt, etwas klarzustellen. »Wir begrüßen die »Belt and Road Initiative«, das chinesische Riesenprojekt der »Neuen Seidenstraße«, teilte Deutschlands Botschafter in China Anfang Oktober in einem Interview höflich mit. Doch da gebe es leider auch etwas, womit Berlin nicht einverstanden sei: Das Vorhaben sei »ein

sinozentrisches Projekt«, es stärke »eine Globalisierung mit chinesischen Zügen«. Das wiederum sei überhaupt nicht im Interesse der Bundesrepublik, konstatierte Clauss: »Wir wollen an der Entwicklung dieses Vorhabens auf gleichberechtigter Grundlage teilnehmen.« Muss der Botschafter des Landes, das die EU inzwischen offen dominiert und das in der Weltpolitik auf Augenhöhe mit den Vereinigten Staaten aufzutreten sucht, am Ende gegenüber Beijing fast als Bittsteller auftreten, um an der Neuen Seidenstraße mitwirken zu können? Clauss kriegt gerade noch die Kurve. Im altbekannt fordernden Ton fährt er fort: »Wir erwarten, dass China sich nicht in den Prozess der Entscheidungsfindung der EU einmischt, indem es Einfluss auf einzelne Mitgliedsstaaten nimmt.«

China mischt sich ein in die inneren Angelegenheiten der EU? Dieser Vorwurf, den deutsche Politiker und Diplomaten mittlerweile öffentlich erheben, lässt sich bestens am Beispiel Griechenlands illustrieren. Das Land und seine Bevölkerung haben fürchterlich gelitten, seit die Bundesregierung Athen Anfang 2010 die ersten Kürzungsdiktate oktroyierte. In der Erschütterung über den griechischen Niedergang ist lange Zeit übersehen worden, dass sich in dem Land auch etwas Neues abzuzeichnen begann, und zwar im Hafen von Piräus. Dort hatte bereits 2009 die China Ocean Shipping Company (Cosco) erste Konzessionen erhalten; und während die griechische Wirtschaft weitgehend kollabierte, investierte Cosco in den Hafen, stellte 1.000 Arbeiter ein und vervierfachte das umgeschlagene Warenvolumen in der kurzen Zeit von 2010 bis 2016. Piräus war plötzlich der am schnellsten wachsende Hafen der Welt. Im vergangenen Jahr hat Cosco nun die Mehrheit an ihm übernommen. Das Geschäft in Piräus brummt.

Was hat China nach Griechenland getrieben? Die Volksrepublik handelt nicht aus humanitären Motiven, sondern aus simplem Eigeninteresse. Sie hat unterschiedliche außenpolitische Teilstrategien im Jahr 2013 offiziell zu einer neuartigen Gesamtstrategie zusammengeführt, die sie »Neue Seidenstraße« oder auch »Belt and Road Initiative« nennt. Gemeint ist der Ausbau riesiger Verkehrskorridore, die sich aus China bis nach Europa erstrecken – über Land (»Silk Road Economic Belt«, »Seidenstraßen-Wirtschaftsgürtel«) sowie über Meer (»Maritime Silk Road«, »Maritime Seidenstraße«). Das soll der chinesischen Industrie beim Erschließen von Märkten helfen und nebenbei die Wirtschaft der Anrainerstaaten ankurbeln. Der Hafen von Piräus ist der erste in Europa, den chinesische Schiffe nach ihrem Weg durch den Suezkanal erreichen. China nutzt ihn für seine Exporte – und hat ergänzend begonnen, den Schienenverkehr aus Südosteuropa in die Mitte des Kontinents auszubauen, zunächst etwa die Strecke Belgrad–Budapest.

Einige Konzerne wie Huawei oder auch HP (ehemals Hewlett-Packard) haben ihre Verteilzentren, über die sie in China produzierte Elektronik in Europa ausliefern, bereits aus Rotterdam nach Piräus verlegt.

Für Griechenland bilden die chinesischen Investitionen einen seltenen Hoffnungsschimmer; damit erklärt es sich wohl, dass die griechische Regierung die Lust zu verlieren scheint, sich im Rahmen der EU in die inneren Angelegenheiten der Volksrepublik einzumischen. Im Juni hat sich Athen geweigert, einem bis dahin jährlich wiederholten EU-Ritus zuzustimmen, der darin bestanden hatte, beim UN-Menschenrechtsrat eine negative Stellungnahme zur Menschenrechtslage in China einzureichen. Die EU-Attacke gegen Beijing war damit geplatzt. Ganz ähnlich lief es mit dem Wunsch Berlins, Brüssel möge eine empörte Stellungnahme zu den Ansprüchen der Volksrepublik im Südchinesischen Meer verabschieden: Schon im vergangenen Jahr kam sie nach Griechenlands Nein nicht zustande.

Ähnlich entwickeln sich die Dinge zum Beispiel in Tschechien. Dort wie auch in anderen Ländern Ost- und Südosteuropas investieren chinesische Unternehmen immer mehr. Sie eröffnen diesen damit zugleich die Chance, dem bislang erdrückenden Einfluss der deutschen Industrie zumindest ein Stück weit zu entkommen (siehe Text unten). In der Absicht, den Handelspartner und Investor nicht weiterhin vor den Kopf zu stoßen, hat die tschechische Regierung im vergangenen Jahr beschlossen, in Zukunft sollten weder Kabinettsmitglieder noch gar der Präsident den Dalai Lama empfangen. Wenig später unterzeichnete die tschechische Regierung sogar eine Erklärung, in der sie sich zur Unteilbarkeit des chinesischen Territoriums bekannte.

Ist es auf chinesische Einmischung zurückzuführen, wenn einige EU-Länder sich inzwischen weigern, deutschen Direktiven zu folgen und der Volksrepublik auf die eine oder andere Weise in die Suppe zu spucken? Die Bundesregierung und ein wachsender Teil des medialen Mainstreams behaupten das jedenfalls. Das Gerede vom »chinesischen Spaltpilz« und Parolen wie »Peking ante portas« machen verstärkt die Runde. Außenminister Sigmar Gabriel hat am 30. August in seiner Rede vor der französischen Botschafterkonferenz nachgelegt.

»Wenn es uns nicht gelingt«, erklärte Gabriel mit Blick auf die EU, »eine eigene Strategie mit Blick auf China zu entwickeln, dann wird es China gelingen, Europa zu spalten«. Schon jetzt schaffe man es nicht mehr, auf EU-Ebene eine Verurteilung des chinesischen Vorgehens im Südchinesischen Meer »durchzuwinken«, weil manche »europäischen Mitgliedsstaaten (...) sagen, sie möchten dem nicht zustimmen, weil sie in keinen Konflikt

mit China geraten wollen«. Derlei Unbotmäßigkeiten gegenüber dem Machtzentrum der EU sehen die Berliner Planungen für die europäische Peripherie nicht vor. Man müsse klare Verhältnisse schaffen, forderte Gabriel vor der diplomatischen Elite Frankreichs in Paris: Es müsse »eine europäische Strategie« geben, »die natürlich auf Partnerschaft mit China ausgerichtet ist«, die aber auch »von China verlangt (...), dass sie bitte eine Ein-Europa-Politik betreiben«. Soll heißen: In Europa geht alles nur über die EU, und die hat Berlin zuverlässig unter Kontrolle.